



Flüchtlinge aus der Ukraine warten auf die Registrierung vor dem Bundesasylzentrum in Zürich.

Foto: Michael Buholzer (Keystone)

Cyrill Pinto

Es geschah vor ein paar Wochen. Eine junge Ukrainerin, die bei einer Gastfamilie in der Schweiz wohnte, lernte online einen jungen Mann kennen. Dieser gab vor, in den USA zu wohnen und sie heiraten zu wollen. «Als er ihr sagte, sie solle nach Mexiko fliegen und von dort in die USA reisen, leuchteten bei der Gastfamilie die Warnlampen auf», berichtet Irene Hirzel von der nationalen Meldestelle für Menschenhandel Act 212, die von der Gastfamilie eingeschaltet wurde.

Act 212 warnte die Frau eindringlich vor der Reise. «Warum sollte sie zuerst nach Mexiko fliegen, wo doch eine direkte Reise in die USA viel einfacher ist und darüber hinaus ein Grenzübertritt von Mexiko in die USA schwierig?», fragt Hirzel. Doch die Ukrainerin liess sich nicht von ihren Plänen abbringen und reiste ab. Seither hat Act 212 keinen Kontakt mehr zu ihr. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sie Opfer von Menschenhändlern wurde. «Wir können die Leute nicht zwingen, auf uns zu hören», sagt Hirzel.

Immer wieder tappen Frauen in die Fallen Krimineller. Flüchtlinge aus der Ukraine sind zurzeit besonders gefährdet. Per Inserat werden sie angesprochen, für wenig Geld von zu Hause aus

zu arbeiten – und werden dann in die Onlineprostitution gedrängt. Act 212, die auch auf Ukrainisch im Netz präsent ist, stösst regelmässig auf solche Angebote in den sozialen Medien. «Wenn eine Annonce zu gut klingt, um wahr zu sein, sollte man diese an uns oder die Polizei weiterleiten», sagt Geschäftsführerin Hirzel.

#### Für Arbeit oder sexuelle Dienste ausgebeutet

Bereits im letzten Jahr hat die Meldestelle von 21 Geflüchteten aus der Ukraine erfahren, die in der Schweiz sehr wahrscheinlich Opfer von Menschenhandel wurden. Darunter Bauarbeiter, die zu Dumpinglöhnen angestellt wurden. Oder Aupairs, die ausgebeutet wurden. «Wir sprechen dann mit der Person. Wenn wir konkrete Hinweise auf ein Delikt haben, vermitteln wir sie an

die Polizei, die Opferhilfe oder andere geeignete Stellen weiter», so Hirzel.

Hirzel warnt vor der aktuellen Situation und schlägt Alarm: «Die Gefahr für ukrainische Flüchtlinge, Opfer von Menschenhändlern zu werden, steigt zurzeit stark», sagt Hirzel. Sie beruft sich auf Daten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. «Die finanziellen Reserven der Flüchtlinge sind aufgebraucht, die Menschen brauchen dringend Geld und Arbeit», erklärt Hirzel. Das wüssten auch kriminelle Netzwerke, die zurzeit im Internet ihre Fallen stellen. «Sie suchen Opfer, die für Arbeit oder sexuelle Dienstleistungen ausgebeutet werden können», sagt Hirzel. Neben Opfern suchen sie im Netz auch Mittäter, die für sie potenzielle Opfer ansprechen. Bereits 2014, nach der Krim-Annexion

und dem darauffolgenden Krieg im Osten der Ukraine, sei die Zahl der Fälle ein Jahr später stark gestiegen. «Das wiederholt sich jetzt gerade», so Hirzel.

Die Einschätzung der nationalen Meldestelle teilt man auch beim Bund: «Vermehrt locken Menschenhändler auf den sozialen Medien und im Internet mit dubiosen Arbeitsangeboten. Dies steht im Kontext eines deutlichen Anstiegs der Onlinesuchabfragen zu Begriffen im Zusammenhang mit ukrainischer Pornografie, die in ganz Europa zu verzeichnen sind», sagt Andreas Heller vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten.

#### Auch Männer werden Opfer von Menschenhandel

Nicht nur Frauen geraten ins Visier von Menschenhändlern. Männer werden in Arbeitsver-

hältnisse gelockt, wo sie dann ausgebeutet werden. «Wir betreuen gerade einen Mann, der zwar einen Arbeitsvertrag mit branchenüblichem Lohn unterschrieben hat. Trotzdem zahlt ihm der Chef kein Geld», berichtet Hirzel. «Wenn er den Chef damit konfrontiert, sagt dieser, er habe kein Geld.» Act 212 hat in diesem Fall nun die Polizei eingeschaltet.

Laut Experten ist auch die private Unterbringung von Geflüchteten ein Problem. Gerade diese Woche postete ein alleinerziehender Mann aus Lausanne einen Aupair-Job für eine Frau aus der Ukraine in einer Ukraine-Facebook-Gruppe. Er sucht eine gut ausgebildete, ordentliche Person, die sich um sein Kind und den Haushalt kümmert. Für einen monatlichen Lohn von 800 Franken gibt es Kost, Logis und gratis Krankenkasse. Wer in-

teressiert sei, solle sich per Whatsapp bei ihm melden.

Auch der Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration FIZ in Zürich werden jährlich mehrere Hundert Fälle im Bereich Menschenhandel registriert. Die meisten potenziellen Opfer wurden der FIZ von der Polizei, aus dem Gesundheitswesen oder von NGOs gemeldet. «Wir beraten und betreuen die Frauen umfassend», sagt Geschäftsführerin Lelia Hunziker.

#### Not und fehlendes Wissen werden ausgenutzt

Oft würden Frauen für Kost und Logis und ein kleines Sackgeld in die Hausarbeit gedrängt – wie im Fall aus Lausanne. «Dass diese Arbeitsverhältnisse illegal sind, ist vielen oft nicht bewusst, Not und fehlendes Wissen werden ausgenutzt.» Dabei gebe es klare Regeln für Lohn, Arbeitszeit und Abzüge für Kost und Logis. «Diese Eckpunkte müssen klar in einem Arbeitsvertrag geregelt werden», sagt Hunziker.

Hirzel von Act 21 plädiert dafür, dass die Behörden genauer hinschauen und geflüchtete Ukrainerinnen bei ihrer Arbeit stärker mit einbeziehen. «Geflüchtete Psychologinnen oder Lehrerinnen könnten zur Prävention gegen Menschenhandel einen wertvollen Beitrag leisten», so Hirzel.

## Menschenhandel: Verdacht auf 21 Fälle in der Schweiz

**Gefährdete Ukrainerinnen** Ein Jahr nach Ausbruch des Kriegs gehen Geflüchteten die finanziellen Reserven aus. Das nutzen Kriminelle zu ihren Gunsten.

## Wie steht es um Schwedens Armee?

**Nato-Mitgliedschaft** Diese Woche hat das Land den Beitritt beschlossen. Aber sind seine Streitkräfte in einem brauchbaren Zustand?

Am Mittwoch hat der schwedische Reichstag mit 269 zu 37 Stimmen den Beitritt Schwedens zur Nato beschlossen. Sechs der acht im Reichstag vertretenen Parteien stimmten dafür, nur die Grünen und die Linkspartei sind weiter dagegen. Mehrere Redner nannten die Entscheidung «historisch» – und das ist sie nach 209 Jahren Neutralität wohl auch.

Anders als viele Schweden-Fans denken, sind das Land und seine Neutralität aber keine Synonyme für völlige Friedensseligkeit. Die je nach Zählung zehn oder elf Kriege, die Schweden in seiner Geschichte gegen Russland

geführt hat, sind tief eingelagert in die kollektive Erinnerungsdna. Im Finnischen Krieg verlor Schweden 1809 seine gesamte östliche Landeshälfte an den Zaren (wiederum gut 100 Jahre später wurde aus diesen Gebieten die Republik Finnland).

So hatte Schweden trotz seiner Neutralität in Zeiten des Kalten Krieges immer eine relativ grosse Armee, in den 50er-Jahren gab das Land fast fünf Prozent seines BIP für Verteidigung aus. Nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 hat es seine Militärausgaben freilich, wie andere westliche Länder auch, immer

weiter zurückgefahren, 2010 wurde die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft, der Verteidigungshaushalt sank auf ein Prozent des Bruttosozialprodukts.

2013 schreckte der damalige Oberbefehlshaber Sverker Göransson die Öffentlichkeit mit der Behauptung auf, Schweden könne bei einem Angriff etwa eine Woche lang standhalten. Im selben Jahr übten russische Kampfflugzeuge im Rahmen eines Trainings einen Scheinangriff auf schwedisches Territorium, ohne dass die schwedische Luftwaffe reagierte, was ebenfalls zu grosser Verunsicherung führte.

Die eigentliche Wende brachte dann 2014 Russlands Einmarsch in die Ukraine mit der Annexion der Krim. 2017 beschloss der Reichstag, die Wehrpflicht wieder einzuführen, es werden aber bislang nur 8000 Dienstleistungen pro Jahr eingezogen. Im Rahmen der Nato-Beitrittsdebatte wurde beschlossen, die Verteidigungsausgaben von heute 1,2 Prozent bis 2026 schrittweise auf zwei Prozent zu erhöhen. Schwedens Oberbefehlshaber Micael Bydén sagte aber kürzlich in einem Interview, die zwei Prozent würden nicht reichen, um den Anforderungen der Nato gerecht

zu werden. Man müsse in vernachlässigte Infrastruktur investieren, neue Systeme beschaffen und viel mehr Leute einstellen.

#### Viele Jets, nicht genug Piloten

Momentan umfasst die Armee rund 55'000 Personen, wobei da auch die 12'000 Reserveoffiziere und Teilzeitsoldaten sowie die 20'000 Freiwilligen der «Heimwehr» mit einberechnet sind. Dass die Personaldecke recht dünn ist, kann man etwa an der Tatsache ablesen, dass die Luftwaffe zwar über ziemlich viele Jets verfügt, aber gar nicht genügend Piloten dafür hat. Bis 2030

soll die Armee auf 90'000 Personen aufgestockt werden.

Was das weitere Nato-Prozedere angeht, so verweigern bisher Ungarn und die Türkei ihre Unterschrift unter den schwedischen Aufnahmeantrag. Aussenminister Tobias Billström gab sich am Mittwoch aber dennoch zuversichtlich, Schweden werde beim Nato-Gipfel in Vilnius im kommenden Juli als Vollmitglied am Tisch sitzen. Immerhin hatten zuletzt beide Länder angekündigt, den finnischen Antrag bald zu unterzeichnen.

Alex Rühle